



COMOS Europawoche 2021 – Veranstaltungsbericht

Die Veranstaltung der **Coelner Monnet Vereinigung für EU-Studien e. V.** zum Europatag am 6. Mai 2021 stand unter der Überschrift „**Die Europäische Klima- und Umweltpolitik in Zeiten von Corona: Chancen und Herausforderungen für ein grüneres Europa**“. Das Event sollte an Meilensteine der europäischen Klima- und Umweltpolitik aus dem Jahr 2020 – wie dem „European Green New Deal“ und der Verschärfung der Emissionsziele unter der deutschen Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte – anknüpfen und Expert:innen und Interessierte der breiten Öffentlichkeit in einen offenen Dialog treten lassen.

Vor diesem Hintergrund bestand die Veranstaltung aus zwei Teilen. Zunächst erarbeiteten die Teilnehmer:innen gemeinsam in drei Arbeitsgruppen (World Café) einzelne Aspekte der europäischen Umwelt- und Klimapolitik mit Expert:innen aus der Wissenschaft. Anschließend führten drei weitere Expert:innen mit kurzen Impulsvorträgen die Fragestellungen und Ergebnisse des World Cafés fort und leiteten so eine offene Diskussionsrunde im Plenum mit allen Teilnehmer:innen ein.

Die Veranstaltung fand aufgrund der pandemischen Situation online über Zoom statt. Begrüßt wurden alle Teilnehmer:innen zunächst durch **Lea Hopp** und **Christian Raphael** als COMOS-Vorstandsmitglieder im Namen des gesamten Vorstandes. Raphael führte in die Relevanz des Themas der Veranstaltung ein und stellte den weiteren Ablauf vor. Die Teilnehmer:innen wurden zufällig einem von drei verschiedenen Breakout-Sessions zugeteilt, die durch die drei Expert:innen in insgesamt drei Runden geleitet wurden. So konnten sich alle Teilnehmer:innen zu allen angebotenen Themen austauschen. Die jeweilige Expertin bzw. der Experte stellte das individuelle Thema kurz vor und leitete anschließend einen 25 minütigen Austausch mit den Teilnehmer:innen im Raum, bevor er oder sie nach einer kurzen Pause in den nächsten Raum wechselte. Die Ergebnisse der jeweiligen Räume wurden mithilfe von Wörter-Wolken visualisiert und anschließend für alle im Plenum vorgestellt. Die Wolken bestehen aus Schlagwörtern, die die Teilnehmer:innen über die Webseite „Mentimeter“ anonym eintragen konnten, um so eine Übersicht über die Kernpunkte des vorangegangenen Austauschs zu erstellen. Je häufiger ein konkreter Begriff eingetragen wird, desto größer erscheint er.

Ein erstes innereuropäisches Thema war „**Solidarität in der europäischen Energie- und Klimapolitik**“. Dieses Thema führte **Aline Bartenstein** vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg ein. Entsprechend ihres Forschungsschwerpunktes zur Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten und Formen von Solidarität im energiepolitischen Gesetzgebungsverfahren diskutierten die Teilnehmer:innen Möglichkeiten, wie Solidarität in der Energiepolitik umgesetzt werden und eine Lastenverteilung zwischen den EU-Mitgliedstaaten im Kontext der Energiewende aussehen kann.

Solidarität in der europäischen Energie- und Klimapolitik (Aline Bartenstein)

Mentimeter



In einem zweiten Raum wurde die EU im internationalen Kontext betrachtet. Hier stellte sich die Frage nach der „**Verantwortung und Führungsrolle der EU in internationalen Klimaverhandlungen**“. Dieses Thema wurde von **Marian Feist**, dem Akademischen Rat am Institut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen an der Universität zu Köln, vorgestellt. Feists Forschungsschwerpunkte liegen in der globalen Umweltpolitik und der Internationalen Politischen Ökonomie. Konkret diskutiert wurden hier die Einflussmöglichkeiten der EU auf internationaler Ebene, aber auch psychologische sowie finanzielle Barrieren, die man in der Klimapolitik nehmen muss, um auf individueller Ebene Verantwortung übernehmen zu können.

Zu Beginn des zweiten Veranstaltungsabschnitts erfolgte eine erneute Begrüßung durch Christian Raphael, der auch die anschließende Vorstellung der Vortragenden sowie die Moderation der abschließenden offenen Diskussion übernahm.

Erster Vortragender war **Hartmut Marhold**, Senior Research Fellow am Centre International de Formation Européenne, Nizza (CIFE) und Honorarprofessor an der Universität zu Köln. Dieser stellte mit seinem Vortrag zu „**Der europäische „Green New Deal“ und „Next Generation EU“: Aufbau, Ziele und Konflikte**“ zunächst eine innereuropäische Perspektive dar. Dabei ging er der Frage nach, welche Strategie die EU mit Blick auf den EU Green Deal verfolge. Habe der Wiederaufbauplan zur Erholung aus der Corona-Krise eine höhere Priorität als der Green Deal oder werde dieser vielmehr Teil der Lösung zur Überwindung der Krise?

Zur Beantwortung dieser Frage blickte Marhold in die jüngere Geschichte zurück. War der Green Deal tatsächlich ein Paradigmenwechsel der EU, das heißt eine vollkommen neue Strategie der Europäischen Kommission? Nach der Lissabon- sowie der Europe2020-Strategie habe die neue Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im Gegensatz zu ihren Amtsvorgängern eine neue Priorisierung gewählt und den Green Deal an erste Stelle gesetzt. Ihr Vize-Kommissionspräsident Frans Timmermans habe infolgedessen den Deal in eine Wachstumsstrategie umdefiniert, statt von einer neuen Priorisierung zu sprechen. Sollte es sich hierbei um einen Paradigmenwechsel der EU handeln, so Marhold, müsste folglich ein neues Kapitel der Integrationsgeschichte begonnen haben.

Marhold betonte, dass zur Beantwortung der aufgeworfenen Fragen eine Analyse der Zeit zwischen der Konstituierung der neuen Kommission seit 2019 und dem Ausbruch der Covid19-Pandemie notwendig sei. So habe der Green Deal nach anfänglichen Schwierigkeiten zur Bildung der neuen Kommission einerseits bereits Ende 2019 auf dem Tisch gelegen, andererseits machte die Pandemie ab März 2020 eine Änderung der politischen Prioritäten unausweichlich: Die Lösung der Pandemie war nun von oberster Priorität.

Folglich wurde das Aufbauprogramm NextGenerationEU bis Ende 2020 als politisches Projekt zur Lösung der pandemiebedingten Krise konzipiert. Marhold interpretierte dieses Programm als neues Kapitel der Integrationsgeschichte, da sich dieses explizit an eine neue Generation richte. Die Dimension dieser Politik sei mit der Krisenpolitik von 2008 vergleichbar. Es stelle sich jedoch die Frage, welches Ziel das Programm verfolgen solle. Soll investiert werden, um die europäische Wirtschaftsleistung auf das Vorkrisenniveau zurückzubringen? Werde der Green Deal darin eingebettet oder solle dieser dazu genutzt werden, das Wirtschaftswachstum in der EU zu fördern? Der Hauptunterschied zu 2008 liege darin, dass NextGenerationEU auf der europäischen, nicht aber auf der nationalen Ebene gesteuert werde. Er sei kein Rettungsschirm, der mit nationalen Geldern gespeist werde.

In der nun stattfindenden Implementierungsphase der nationalen Pläne im Rahmen von NextGenerationEU werde die Frage nach dem Bezug zum Green Deal weiter gestellt. Gleichzeitig ergeben sich jedoch noch weitere Fragen, wie eine mögliche Knüpfung der Mittel an rechtsstaatliche Bedingungen.

Tessa-Sophie Schrader von der Forschungsgruppe Globale Fragen bei der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin wählte für ihren Vortrag einen internationalen Kontext. Unter der Überschrift „**Die internationale Klimapolitik 2021: Neue Konstellationen für die europäische Klimadiplomatie**“ zeichnete sie die Rolle der EU in den jüngsten internationalen Gipfeln mit Klimabezug nach und gab einen Ausblick auf kommende Gipfeltreffen.

So sei im Jahr 2021 als Meilensteine der internationalen Klimapolitik insbesondere der Klimagipfel der neuen Biden-Administration nach dem Wiedereintritt der USA in die internationale Klimadiplomatie zu nennen. Zudem stünden der Petersberger Klimadialog, der G7-Gipfel im Juni, der G20-Gipfel im Oktober sowie die COP 26 der UN im November an. Sie betonte, die EU stehe mit ihren Klimazielen im Rahmen des Pariser Abkommens international gut dar. Die Einigung der CO₂-Reduktionsziele auf 55 % werde lediglich vom Vereinigten Königreich übertroffen.

Die Bedeutung des Biden-Gipfels ergebe sich neben dem Wiedereintritt der USA aus dem Umstand, dass verschiedene Länder verschärfte Ziele vorgestellt haben, darunter Kanada, Japan und Brasilien. Von vielen anderen wichtigen Akteuren seien hingegen keine neuen Ziele vorgelegt worden. Insgesamt ergebe sich so eine große Differenz zwischen den aktuellen Plänen und den Vorgaben durch das Pariser Klimaabkommen. Auf dem Weg zur COP 26 in Glasgow ergeben sich, so Schrader, insbesondere die Aufgaben, die Ambitionen – vor allem von zögerlichen Vertragsstaaten – zu erhöhen, ein höheres Maß an Transparenz und Rechenschaftspflicht zu erreichen und die weitere Finanzierung der Ziele zu sichern.

Die Rolle der EU bestehe nun darin, die Vorreiterrolle, die ihr während der Abwesenheit der USA zugefallen sei, weiterhin wahrzunehmen und die durch den Green Deal sowie das Programm „Fit for 55“, das das Erreichen der 55 %-CO₂-Reduktion sichern soll, entstandene Autorität zu nutzen. Die EU müsse sich als geopolitische Akteurin zwischen den USA und China als ebenbürtige Partnerin positionieren. Ebenso trage sie eine Mitverantwortung für die Integration weiterer G20-Staaten und Staaten des Globalen Südens in die internationalen Klimaziele. Auch das grundsätzliche Verhältnis zu den USA in Klimafragen müsse erneut geklärt werden. Hier gelte es, neues Vertrauen herzustellen

Mit Blick auf die Folgen der Covid19-Pandemie sah Schrader insbesondere drei zentrale Aspekte: Die Pandemie habe großen Einfluss auf laufende Klimaverhandlungen gehabt, da sie zu einem zwischenzeitlichen Verlust des Momentums geführt habe. Einerseits konnten die Verhandlungen digital weitergeführt werden, andererseits musste die ursprünglich für 2020 geplante COP 26 auf den

Herbst 2021 verschoben werden. Ein weiterer Aspekt sei die Finanzierung der Klimaschutzmaßnahmen, da finanzielle Mittel bereits vor Ausbruch der Pandemie knapp gewesen seien. Dies sei insbesondere gravierend, da der jährliche Bedarf an Anpassungsmitteln in Entwicklungsländern auf 70 Mrd. USD geschätzt worden sei – wobei eine Vervielfachung der Kosten bis 2050 nicht unwahrscheinlich sei. Auch die Ankündigung der USA, den Förderbetrag für Entwicklungsländer auf 5,7 Mrd. USD zu verdoppeln, dürfte angesichts der Kosten der Covid19-Pandemie nicht reichen. Als dritten Aspekt nannte sie hier schließlich erneut die konkreten Aufgaben für die EU, vor allem die Positionierung im Spannungsverhältnis zwischen den USA und China sowie die Sicherstellung finanzieller Mittel in der gegenwärtigen pandemischen Krisensituation.

Als dritter Vortragender präsentierte und kommentierte **Johannes Müller Gómez** die Ergebnisse des World Cafés, um auch denjenigen im Plenum, die nicht am World Café teilgenommen hatten, den gleichen Wissensstand für die folgende Diskussion zu ermöglichen. Müller Gómez ist Promotionsstudent an der LMU München sowie der Université de Montréal.

Das World Café fasste er mit den folgenden weiterhin zu diskutierenden Fragen zusammen: Worin besteht die Verantwortung der EU in internationalen Verhandlungen? Wie sieht sie ihr Verhältnis zu Entwicklungsländern, insbesondere mit Blick auf den Im- und Export von emissionsintensiven Gütern. Wie verhält sich die EU in internationalen Gremien? Wie schafft sie es trotz einer Konkurrenz mit ihren Mitgliedstaaten um Kompetenzen in Umweltthemen, mit einer Stimme zu sprechen? Wie können gemeinsame Verhandlungspositionen nach außen trotz unterschiedlicher Positionen zwischen den Mitgliedstaaten gefunden werden?

Was ist unter dem Begriff Solidarität zu verstehen? Handelt es dabei um einen normativen Appell oder um ausgestaltete Regeln, die auch Sanktionen beinhalten können? Inwieweit bedeutet Solidarität Umverteilung oder gibt es auch andere Formen von Solidarität?

Die anschließende von Raphael moderierte Diskussion im Plenum leitete Müller Gómez zudem mit drei weiteren Punkten ein: Trotz der offensichtlichen Heterogenität der EU, insbesondere hinsichtlich der unterschiedlichen Interessen ihrer Mitgliedstaaten, bestätigt sich oft der Eindruck, die EU sei handlungsfähig und schaffe es, eine gewichtige Rolle in internationalen Verhandlungen einzunehmen. Wie schaffe es die EU, dies zu erreichen? Umweltpolitik habe für die EU stets eine wichtige Rolle gespielt, man habe jedoch das Gefühl, dass ein größerer Fokus der EU auf dieses Thema häufig am Veto den Mitgliedstaaten scheitere. Gibt es in der Öffentlichkeit eine allgemeine Zustimmung, der EU in diesem Politikfeld weitreichendere Kompetenzen zu übertragen, um Blockaden auflösen zu können? Schließlich warf er einen Blick auf das Thema Föderalismus: Ist Umweltpolitik ein gutes Beispiel für den (quasi-)Föderalismus der EU? Kann Umweltpolitik die EU föderaler gestalten?

In der anschließenden offenen Diskussion konnten die Vortragenden auf alle bisherigen Beiträge eingehen und bereits aufgeworfene Fragen kommentieren und weiter vertiefen. Alle Teilnehmer:innen erhielten zudem die Möglichkeit, eigene neue Fragen einzubringen und zu diskutieren und so die Diskussion unmittelbar mitzugestalten. Insbesondere Fragen nach der Rolle der EU in der internationalen Klimapolitik waren von regem Interesse. Auch wurden Fragen nach einem Generationenwechsel in der internationalen, wie auch der EU-Klimapolitik immer wieder aufgegriffen.

Als Organisator:innen möchten wir uns herzlich bei allen Teilnehmer:innen, insbesondere auch bei den Expter:innen, für die Mitwirkung an der erfolgreichen Veranstaltung bedanken!

Köln im Sommer 2021,

Lea Hopp & Christian Raphael